

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

24-24010
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Einleitung und Organisation eines Beteiligungsprozesses zur
Gestaltung eines Ortes für Kinderrechte im Zentrum
Braunschweigs**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.07.2024

Beratungsfolge:

Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

15.08.2024
10.09.2024
17.09.2024

Status

Ö
N
Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine geeignete Fläche in der Braunschweiger Innenstadt zu suchen, auf der nicht nur Spielmöglichkeiten für verschiedene Altersgruppen zur Verfügung gestellt werden, sondern auch ein „Ort für Kinderrechte“ entstehen kann.

Es sollen Partner*innen wie Kindertagesstätten, Grundschulen oder Jugendzentren gefunden werden, die – in einem mehrteiligen Beteiligungsprozess im Kalenderjahr 2025 – in ihren Einrichtungen mit den Kindern Ideen entwickeln, um diesen Platz inhaltlich zu gestalten und in der Folge mit Sonderaktionen zu einem echten „Ort der Kinderrechte“ zu machen. In diesen Prozess sollen auch der Jugendhilfeausschuss, der Bezirksrat 130 Mitte und das Jugendparlament einbezogen werden.

Für die Sonderaktionen sollte ein Budget zur Verfügung gestellt werden, zu dessen Höhe die Verwaltung um einen Vorschlag gebeten wird.

Sachverhalt:

Umfassender, aktiver Kinderschutz, die Berücksichtigung von Kinderrechten, die Förderung und Unterstützung von Kindern und deren Partizipation in der Stadtgesellschaft sind seit jeher Kernaufgabe und Leitgedanke der Kinder- und Jugendhilfe in Braunschweig. Ein „Ort für Kinderrechte“ kann dazu beitragen, diese Themen in der Stadtgesellschaft weiter zu verankern, zu verstetigen und auf deren Bedeutung hinzuweisen.

In welcher Form so ein Ort entstehen kann, soll mit den Kindern selbst, an den Orten, an denen sie sich außerhalb des Elternhauses aufhalten, entwickelt werden. Dazu sollen jedes Jahr Partner*innen wie Kindertagesstätten, Grundschulen oder Jugendzentren gefunden werden, die sich mit dem Thema „Kinderrechte“ auseinandersetzen und mit den Kindern ihrer Einrichtung eigene Ideen entwickeln, wie sie den Platz nutzen wollen, um die Rechte, Wünsche und Ideen von Kindern im Stadtbild sichtbar zu machen. So wird eine breite Beteiligung von Kindern aus verschiedenen Stadtteilen und aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen sichergestellt. Übergeordnetes Ziel ist es, Kindern früh Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten, bei denen sie Selbstwirksamkeit erleben und ihnen so demokratische Prozesse näherzubringen.

In ihrer Stellungnahme 22-18329-01 vom 19.04.2022 hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass es in der Vergangenheit bereits innerstädtische Gespräche zwischen dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und dem Fachbereich Stadtgrün und Sport bezüglich der Errichtung eines Ortes für Kinderrechte gegeben hat, diese Thematik aber

aufgrund der begrenzten Arbeitsressourcen durch die Corona-Pandemie und die Ukraine-Hilfe zurückgestellt werden musste.

Viele deutsche Städte haben bereits einen Ort bzw. meist einen Platz der Kinderrechte. Jüngst im letzten Jahr haben beispielsweise Dresden (https://ratsinfo.dresden.de/si0056.asp?_ksinr=12474, siehe Ö 26.8) und Remscheid (https://sessionnet.krz.de/remscheid/bi/si0057.asp?_ksinr=4873, siehe Ö 14.1) beschlossen, einen Platz der Kinderrechte zu errichten.

Anlagen:
keine